

LIEBE LESERINNEN
UND LESER,

vor mittlerweile zwei Wochen endete die parlamentarische Sommerpause des Landtags.

Wie immer hat sich die CDU-Landtagsfraktion in der ersten Arbeitswoche zu einer Fraktionsklausur getroffen, um die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Zeit zu bestimmen. Hierzu habe ich Ihnen in einem kleinen Abriss die interessanten Begegnungen und anregenden Eindrücke zusammengestellt.

In Stuttgart wurde über weitere Fördermittel beim Denkmalschutz entschieden, von denen auch der Wahlkreis Neckarsulm profitieren konnte.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen

Ihr

Dr. Bernhard Lasotta MdL



Dr. Bernhard Lasotta MdL NEWSLETTER



September 2018

KLAUSURTAGUNG DER CDU-LANDTAGSFRAKTION IN BERLIN

In den Tagen vom 11. September bis zum 13. September fand die traditionelle Klausurtagung der CDU Landtagsfraktion in Berlin statt.

Neben der Fraktionssitzung, Gesprächen mit Ministern und Bürgerempfängen, stand auch eine Vor-Ort Aktion des Arbeitskreises Recht und Verfassung auf dem Programm. .

Zu Gast waren wir bei der jüdischen Gemeinde in Berlin. Dort haben wir uns über die aktuelle Lage in Bezug auf den Antisemitismus in Deutschland ausgetauscht und festgestellt, dass wir mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Hinblick auf die Verinnerlichung unserer Verfassungsgrundsätze brauchen. Danke an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Gideon



Joffe und den Antisemitismusbeauftragten Sigmound Königsberg für das gute Gespräch und den Einblick in das Leben der Berliner jüdischen Gemeinde.



Passend zur Einstimmung in den Tag der Demokratie, der am 15. September stattfand, war daher der Besuch bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am Bendlerblock, jenem Ort an dem auch Graf von Staufenberg für seinen Einsatz gegen das autoritäre Regime des Dritten Reiches sein Leben lassen musste.

Dieser Besuch hat mir wieder einmal vor Augen geführt, dass eine freiheitlich demokratische Grundordnung keineswegs selbstverständlich ist und wie

wichtig es ist, im Angesicht der heutigen Lage, immer wieder für unsere Verfassung einzustehen.. Unsere Demokratie ist nämlich streitbar und wehrhaft. Das muss sie auch bleiben, daher ist es umso wichtiger, unsere Werte auf dem politischen Parkett zu verteidigen.

Ich bin daher der Überzeugung, dass gerade die deutsche Hauptstadt genau der richtige Ort für eine Tagung war und denke, dass wir mit den richtigen Erkenntnissen nach der Sommerpause unsere Arbeit im Landtag aufnehmen können.

RECHTSPOLITIK: Wiesbadener Erklärung 2018 der Tagung der Rechtspolitischen Sprecher von CDU und CSU in den Landtagen und dem Deutschen Bundestag – 20./21. September 2018

Ebenfalls im September fand auch die Tagung der Rechtspolitischen Sprecher der CDU und CSU Fraktionen statt. Das Ergebnis ist die Wiesbadener Erklärung, welche einen Forderungskatalog der Fachpolitiker darstellt. Ich möchte Ihnen nun einen kleinen Ausschnitt der Forderungen präsentieren, welche wir dort beschlossen haben:

Gerade in Zeiten einer vollen Bundeskasse sollte sich der Bund beispielsweise stärker bei den Kosten der zunehmenden und sehr aufwendigen Terrorverfahren einbringen, bei denen die Länder in erheblichem Umfang für die Generalbundesanwaltschaft tätig und ein Großteil der Verfahren vor den Oberlandesgerichten geführt werden.

Auch fordern wir die Einführung von Englisch als Gerichtssprache. Dies ist ein wichtiger Grundstein für Deutschlands Ausrichtung als bedeutende Export- und Handelsnation. Opfer sind als Zeugen im Strafverfahren noch besser vor Mehrfachvernehmungen und der unmittelbaren Konfrontation mit dem Täter, insbesondere durch die Förderung audiovisueller richterlicher Vernehmungen, zu schützen. In Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Opferschutzverbänden werden wir an der stetigen Verbesserung der Opferbetreuung arbeiten. Diese Forderung war mir persönlich sehr wichtig und ich bin froh, dass sie in die Erklärung aufgenommen werden konnte.

Sicherheit muss zur neuen Sicherheit 4.0 weiterentwickelt werden. Mit dem europaweit führenden Cyber-Sicherheitszentrum „CRISP“ in Darmstadt verfügt Hessen über die dazu notwendige professionelle Expertise. Mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) hat Hessen zudem eine der schlagfertigsten staatsanwaltschaftlichen Einheiten in ganz Europa, welche für das Bundeskriminalamt ein gern gesehener Partner ist.

Selbstverständlich müssen alle Justizeinrichtungen in unserem Land auf die so genannte Digitale Akte richtig vorbereitet werden, d.h. mit ausreichender Technik versehen und alle Mitarbeiter bei der Entwicklung der Programme und Systematiken so eingebunden werden, dass alle möglichen Vorteile der Technik auch optimal und gleichzeitig nutzerfreundlich genutzt werden.

In jüngster Zeit sind vermehrt Personen mit extremistischem, antidemokratischem und verfassungsfeindlichem Gedankengut in Erscheinung getreten sind. Es ist nicht auszuschließen, dass diese sich verstärkt auch in der öffentlichen Verwaltung und Justiz bewerben. Es gilt intensiv zu prüfen, inwieweit durch die große Expertise der Landesämter für Verfassungsschutz im Rahmen von Regelanfragen zur Überprüfung der Verfassungstreue einer solchen Gefahr effektiv begegnet werden kann. Die Neutralität unseres Staates und seiner Institutionen ist für uns nicht verhandelbar. Das bedeutet auch ein Verbot jeglicher Bekleidung, die diese Neutralitätspflicht in Frage stellt, beispielsweise das Tragen eines Kopftuches durch Referendarinnen und Schöffinnen.

Die gesamte Wiesbadener Erklärung können Sie jederzeit unter dem folgenden Link nachlesen:
https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/wiesbadener_erklaerung.pdf

RECHTSPOLITIK: ZUR EINRICHTUNG EINER KINDERSCHUTZKOMMISSION

Zusammen mit der Jugendpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Christine Neumann-Martin MdL habe ich zur Einrichtung einer Kommission Kinderschutz zur Aufarbeitung des Missbrauchsfalls in Staufen und zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes durch die Landesregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die CDU-Landtagsfraktion dankt der Landesregierung, dass diese nach den vorliegenden Prüfungen nunmehr eine Kommission einsetzt, die konkrete Empfehlungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und sexuellem Missbrauch erarbeiten soll. Mit dieser Maßnahme verbinden wir die Erwartung, schnelle Ergebnisse zur Verstärkung der Zusammenarbeit, insbesondere verpflichtenden Absprachen zwischen allen beteiligten Behörden und Institutionen wie den Jugendämtern, den Straf- und Familiengerichten, den Staatsanwaltschaften, der Bewährungs- und der Führungsaufsicht sowie der Polizei zu erlangen. In Aufarbeitung der verschiedenen Hinweise im Missbrauchsfall in Staufen sollte nochmals überprüft werden, ob die internen Organisationsabläufe in den jeweiligen Institutionen effizient ausgestaltet sind. Jedes Gericht und jede Behörde kann in ihrem Verantwortungsbereich nur sachgerecht zum Wohle des betroffenen Kindes handeln, wenn es zwischen den Akteuren festgelegte, abgestimmte Verfahren gibt und Erkenntnisse der jeweils anderen Stelle einbezogen werden. Alle Behörden müssen sich für diesen Prozess öffnen.

Zukünftig sollten in den Jugendamtsbezirken fortlaufend regionale Fallkonferenzen zum Kinderschutz unter Beteiligung sämtlicher Akteure zur Pflicht gemacht werden. In diesen tauschen sich insbesondere Jugendamt, Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft, Staatliches Schulamt, Kindertagesstätten, Kinderärzte und Jugendsozialarbeit über konkrete Problemstellungen in Einzelfällen aber auch über fallübergreifende Erfahrungen und Entwicklungen aus. Aus ihrer Mitte bestimmen die Mitglieder einen regionalen Kinderschutzbeauftragten, an den sich Bürger mit Hinweisen und Anregungen wenden können.

Die beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg eingerichtete Zentralstelle zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern (KURS) sollte zu einer zentralen Schnittstelle zwischen den beteiligten Stellen ausgebaut werden. Hierzu muss sich KURS zu den Jugendämtern hin öffnen. Bewährungshilfe und Polizei, insbesondere KURS müssen das Jugendamt informieren und zur Kontrolle anhalten, wenn bekannt wird, dass ein pädophiler Proband Kontakt zu Kindern hat.

Des Weiteren sollte die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur gezielten Entschlüsselung von Foren im Darknet geprüft werden, auf denen kinderpornografisches Material zur Verfügung gestellt wird.

Die Kommission wird sich nicht zuletzt auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie im Rahmen der Bewährungs- und der Führungsaufsicht ein nachhaltiger Therapieerfolg bei dem verurteilten Sexualstraftäter und eine effektive Kontrolle der ihm erteilten Weisungen gewährleistet kann.

DENKMALSCHUTZ: LAND FÖRdert DREI DENKMALE IM WAHLKREIS NECKARSULM

Die Denkmalförderung geht in die zweite Runde: Neuenstadt, Erlenbach und Langenbrettach können sich freuen. Ihre Anträge auf Denkmalförderung wurden positiv bewertet. Insgesamt werden die drei Gemeinden mit über 145.000 Euro gefördert.

In Neuenstadt am Kocher wird die Mauerwerksanierung im Bereich „Graben“ mit 24.170 Euro bezuschusst. Für die Sanierung der ehemaligen Kelter und des jetzigen Weinbaumuseums fließen aus Denkmalschutzmitteln 101.920 Euro nach Erlenbach-Binswangen. Weitere 19.260 Euro sind für die Fassaden- und Fachwerksanierung der katholischen Frühmesskapelle (ehem. St. Maria) im Langenbrettacher Ortsteil Langenbeutungen vorgesehen. Die Förderung ist ein wichtiger Beitrag für den Erhalt unserer Heimat. Die Denkmale prägen die Orte und Städte. Sie sind Zeichen dafür, sorgsam mit dem uns Übertragenen umzugehen. Wir verbinden unsere Heimat auch mit Baudenkmalen, die einmalige und unverwechselbare Gestalter der Orte über Generationen hinweg sind. Diese zu erhalten, ist dem Landtag von Baden-Württemberg besonders wichtig.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau fördert in der zweiten und letzten Runde in 2018 den

Termine im Wahlkreis

Dienstag, 02.10.2018

19.30 Uhr

Dialogveranstaltung
gemeinsam mit Alexander
Throm MdB, „Vereine vor
Ort“, Kulturforum „Saline“,
Hauptstr. 8, 74254 Offenau

Freitag, 05.10.2018

18.00 Uhr

Überreichung des Preises
"Partnerschule Europa" durch
Rainer Wieland MdEP, Albert-
Schweitzer-Gymnasium,
Gymnasiumstr. 6, 74172
Neckarsulm

Donnerstag, 25.10.2018,

19.30 Uhr

Dialogveranstaltung mit dem
Landesnetzwerk für
Spätaussiedler und
Heimkehrer und Alexander
Throm MdB, Restaurant
„Württembergischer Hof“, Bahn-
hofstraße 11, 74219 Möck-
mühl

Erhalt und die Sanierung von insgesamt 220 Kulturdenkmalen in Baden-Württemberg. Dafür werden 11,5 Mio. Euro eingesetzt. Unterstützt werden 97 private Kulturdenkmale, 84 kirchliche und 39 kommunale Denkmale. Die Mittel stammen aus den Erlösen der Staatlichen Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg.

WAHLKREIS: DER SOMMER BEI UNS ZU HAUSE

Auch während der Sommerpause war ich auf den vielen Festen und Veranstaltungen im Wahlkreis zugegen. Neben der Eröffnung des 39. Ganzhornfestes in Neckarsulm am 1. September, der Eröffnung des Heilbronner Weindorfes am 6. September, hat mich ganz besonders ich am 16. September die Eröffnung des neu sanierten Rathauses



Eröffnung Ganzhornfest

Die Sanierung des 200 Jahre alten Rathauses, der barrierefreie Anbau und die Platzgestaltung rund um das Ensemble. Von den 2,4 Millionen Euro Kosten hat das Land Baden-Württemberg rund die Hälfte aus Stadtsanierungsmitteln beigesteuert. Der Einsatz hat sich gelohnt.



Einweihung Rathaus Untereisesheim

Wie jedes Jahr gab es Sonnenschein, der Musikverein spielt und es herrscht eine unaufgeregte, heitere Atmosphäre, die zum Bummeln zwischen den Marktständen oder zum Verweilen bei kulinarischen Genüssen eingeladen hat.

Den 338. Brettacher Markt eröffnete Bürgermeister Timo Natter am 22.9. mit



Eröffnung Brettacher Markt

Dr. med. Bernhard Lasotta MdL

Wahlkreisbüro **Telefon:** 07131-9824250
Fax: 07131-9824255
74072 Heilbronn
Badstraße 14 **E-Mail:** bernhard@lasotta.de
Homepage: www.lasotta.de

Twitter: <https://twitter.com/lasotta>
Facebook: <https://www.facebook.com/dr.lasotta/>
Instagram: <https://www.instagram.com/bernhard.lasotta/>

Social Media